

...waise der kommenden Woche entscheidet, nicht mehr zu einer solchen Entscheidung Stellung nehmen können. Es ist also mit aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Frage der Regierungs-umbildung im Reich bis zum Oktober, wenn nicht auf noch spätere Zeit verschoben werden muß.

Damit wird auch die Neubildung der preussischen Regierung zurzeit nicht möglich sein, da die Deutsche Volkspartei sowohl wie Zentrum und Demokratie die Regelung der Frage in Preußen von einer gleichzeitigen Regelung im Reich abhängig machen.

Dazu ist zu bemerken, daß eine Umbildung der Regierung, solange keine Einigung auf ein gemeinsames Regierungsprogramm besteht, ein Unding wäre. Die sachlichen Schwierigkeiten sind im Reich groß, geringer sind sie in Preußen. Soll die Entscheidung in Preußen gleichfalls verschoben werden, so entsteht der Verdacht, daß die bürgerlichen Parteien den Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung von Konzessionen abhängig machen wollen, die die Sozialdemokratie im Reich machen soll. Die Reigung der Sozialdemokratie, die Verhandlungen im Reich weiterzuführen, könnte aber durch solche Aussperkungsmethoden nicht gesteigert werden.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt zum Fraktionsbeschluss:

Dieser Beschluss der Sozialdemokratie, der in dem Augenblick erfolgt, wo die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei bereits vorgeschritten sind, dürfte zunächst auf die ablehnende Haltung zurückzuführen sein, die ein Teil der sozialdemokratischen Wählermassen in Berlin und im Reich der Görlicher Resolution gegenüber eingenommen hat. Die Unabhängigen haben es bisher noch stets abgelehnt, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Die jetzt beschlossene neuerliche Anfrage der Mehrheitssozialdemokratie läßt nicht erkennen, ob es sich um eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen oder um eine Kabinettsbildung ohne Volkspartei, aber mit den Unabhängigen handelt. Wäre das letztere der Fall, so könnten alle bisher eingeleiteten Schritte, und auch die für die Beschaffung der Walddorfer durch die Industrie, dadurch verhindert werden.

Die Anfrage der Sozialdemokratie an die Unabhängigen wurde in der sozialdemokratischen Provinzpresse schon vor einigen Tagen angekündigt. Das ist der beste Beweis dafür, daß der vom „Berl. Tagebl.“ konstruierte Zusammenhang nicht besteht. Sehr unglücklich ist die Schlußwendung des demokratischen Blattes, die geradezu den Anschein erweckt, als ob sich die Industrie mit ihren Devisen in der Wilhelmstraße ankufen wollte. Die Verpflichtungen der Großindustriellen gegenüber dem Staat bestehen ohne Rücksicht auf die augenblickliche Art der Regierungsbildung und Parteikonstellation.

Die Broden zeigen, daß die Aussichten des Verbreiterungsplans durch eine wochenlange öffentliche Erörterung nicht verbessert werden können. Scheitert er aber, dann werden neue große Schwierigkeiten entstehen, auf die man sich jetzt schon gefaßt machen muß.

Hergts Judensau-Legende.

Herr Reichstagsabgeordneter Hergt, Vorsitzender der Deutschen Nationalen Partei, hat gestern im Reichstag wiederum mit dem Gedicht „Du tapferer Held, du schößt den Garkis nieder...“ und „Knall ob den Waller Kathanau, die gottverfluchte Judensau...“ operiert und es unserer Schwarzwälder Parteiblatz zur Last gelegt. Da der wahre Sachverhalt im „Vorwärts“ nun bereits schon dreimal öffentlich richtiggestellt worden ist, können wir nicht mehr anders annehmen, als daß Herr Hergt hier einmal wieder absichtlich die Welt irreführt, wie er das seinerzeit als preussischer Minister schon bezüglich der amerikanischen Armee versucht hat.

Um die Methode des Herrn Hergt vor aller Welt zu brandmarken, stellen wir nunmehr zum vierten Male über den Ursprung des Gedichts folgendes fest:

Das Gedicht ist von Falkenkreuzern öffentlich gesprochen worden und hat darauf zuerst im „Vorwärts“ gefunden, und zwar am 26. Juni 1921 (Nr. 297) unter der Ueber-

Vom Denkmalpflanztag.

In Münster hat sich unter großer Beilegung der 14. Denkmalpflanztag stattgefunden. Die deutschen Regierungen, Museen, Unionsstätten, Architektenvereine waren vertreten.

Im Anschluß an Ausführungen des Düsseldorfser Stadgartendirektors v. Engelhardt wurde folgende Entschliessung angenommen: Die bisher im öffentlichen Besitz gewesenen Parks und Gartenanlagen, soweit sie als Kunstdenkmäler im Sinne der Denkmalpflege zu betrachten sind, sind vor Vernichtung, Zerstörung, Verkleinerung oder Vergrößerung ebenso wie vor zweckwidriger Verwendung zu schützen. Es erscheint dringend wünschenswert, daß gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst ein Verzeichnis der staatlichen, gemeindlichen und privaten Gartenanlagen, die für die Denkmalpflege in Betracht kommen, angelegt wird.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Stein erwähnte bei einer Besprechung der amtlichen Post- und Eisenbahnreklame, daß der Reichsfinanzminister die Landesfinanzämter in einem Kundenerlaß unterrichtet hat, daß keine Gebäude der Reichsfinanzverwaltung zu Reklamen hergegeben werden sollen, selbst dann nicht, wenn dadurch eine Einnahme erzielt würde. In einer Entschliessung erkannte der Denkmalpflanztag an, daß die Reichspostverwaltung sich bereit fand, eine Handhabe für das würdige Gestalten der Postreklame zu geben. Er bedauerte aber, daß die in Aussicht genommene Einrichtung der Beiräte in den Provinzen und Ländern noch nicht allgemein durchgeführt wurde und daß die Beiräte, soweit sie bestehen, nur ausnahmsweise einen entscheidenden Einfluß gewinnen können. Die Veranstaltung durch Postreklame habe schon heute einen bedenklichen Umfang angenommen. Dasselbe treffe im wesentlichen auch auf die Eisenbahnreklame zu. Der Tag für Denkmalpflege blüht die Reichsregierung, mit allergrößter Beschleunigung Vorkehrungen zu treffen, daß diese Mißstände abgestellt und die Vertreter der Denkmalpflege, des Heimatschutzes und der Künstlerchaft in der von der Reichspostverwaltung in Aussicht gestellten Weise in der gesamten Reichsverwaltung wirksam beteiligt werden.

Cornelius Burtelt legte dar, daß Denkmalpflege und Heimatschutz kein Verkehr der Schule sein können. Sie können nur Verständnis und Heimatliebe wecken und eins lehren: das Sehen, das heißt das aufmerksame Beschließen, durch das sich festhaltende Gedächtnisbilder gestalten. Das Sehen sollte so geleistet werden, daß es zum Merken der Form führt. Daß die Jugend an Gedächtnisbildern reich werde, die die Liebe zur Heimat in ihr festigen, danach muß man streben. Prof. Stiehl betonte im Anschluß daran, daß die Mätleche zu den Raumwerten der Baukunst als Grundlage aller Kunstempfindung sich werde durchsetzen müssen. Reichskunstwart Dr. Redlob hob die Notwendigkeit hervor, das bodenständige handwerkliche Können zu fördern und zu erhalten. Ein Gebäude könne nur dann aus dem Heimatboden herauswachsen, wenn das handwerkliche Können des Ortes, an dem gebaut werde, und die daraus sich ergebende Eigenart klar zum Ausdruck komme. Diese Pflege des traditionellen geschulten technischen handwerklichen und künstlerischen Könnens unseres Volkes sei aber gegenwärtig besonders deshalb

schrift „Orgeß wird lyrisch“. Uns war das Gedicht von einem Dichtergegenen des Gelanges mitgeteilt worden, und dementsprechend haben wir es mit folgender Einleitung versehen:

„Ein Leser unseres Blattes übersendet uns folgende „Verse“, die in einem D. Zug-Abteil von Jünglingen mit handtellergrößerem Halbkreuz am Wasserwerk gesungen und von unserem Gewährsmann festgehalten wurden.“ (Folgen die Verse.)

In einer späteren Erklärung haben wir bereits nachgetragen, daß es sich bei den Jünglingen um Mitglieder des Freikorps Oberland vom ostpreussischen Selbstschutz gehandelt hat, was wir damals mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage nicht hervorheben wollten. Das Gedicht war von uns mit der Schlussnote versehen:

„Schillers „Tell“ und Kleists „Hermannschlacht“ verblissen neben dieser völkischen Dichtkunst.“

Mit der oben abgedruckten Einleitung und mit dem Schluß, die an der Einschätzung des Gedichts durch uns wohl keinen Zweifel lassen, ist das Gedicht in verschiedene andere Blätter der Linken übergegangen, darunter auch in unser Schwarzwälder Blatt. Dieses hat das Gedicht also, wie wir ausdrücklich betonen, mit Einleitung und Schluß entweder dem „Vorwärts“ selber oder bereits einem späteren Nachdruck seinerseits nachgedruckt. Darauf ist folgendes gesehen: Jemandem kommunistischer Zump hat das Gedicht aus der „Schwarzwälder Volkswacht“ ausgeschnitten, aber so, daß Einleitung und Schluß weggelassen waren. Diesen Ausschnitt hat er dann an die kommunistische Presse geschickt mit der Behauptung, solche Gedichte fabriziere ein sozialdemokratisches Blatt. Die „Rote Fahne“ in Berlin und das Kommunistenorgan in Stuttgart sind auch prompt auf diesen Schwindel hereingefallen. Eine spätere Berichtigung abzudrucken, waren diese Blätter natürlich zu „anständig“. Darauf haben sich die Deutschnationalen der gleichen Behauptung bemächtigt, ein sozialdemokratisches Blatt habe das Gedicht fabriziert und verbreiten diesen Schwindel trotz aller Berichtigungen munter fort.

Es handelt sich hier also um ein gemeinsames deutschnational-kommunistisches Schwindelmandat, und Herr Hergt darf sich mit Stolz sagen, daß er das Produkt einer Lügner- und Fälscher-gesellschaft im Reichstag vorgelesen hat.

Wieder eine Kapp-Geschichte.

Vor der Potsdamer Estroammer hatte sich gestern der 49jährige ehemalige Zahlmeister bei der „Eisernen Division“ Karl Berndt wegen Amtsunterschlagung in Höhe von 180 000 M. zu verantworten. In diesem Prozeß kamen auch Dinge zur Sprache, die zu dem Kapp-Putsch in enger Beziehung zu stehen scheinen. Bei der Hausdurchsuchung bei Berndt hatte man von den fehlenden 180 000 M. nur noch 90 000 Mark gefunden. Die übrigen 90 000 M. hat er nach seiner feierlichen Versicherung gegen eidliche Schweigepflicht auf dienstlichen Besess im Januar 1920 an eine militärische Arbeitsgemeinschaft ausgezahlt. Darüber verweigert er weitere Angaben. Ein Dr. Gebauer hat gleichfalls für ähnliche Zwecke einige tausend Mark erhalten. Es muß hierbei erwähnt werden, daß die Sturmbatterie, bei der Berndt zugehört gestanden hatte, vor dem Kapp-Putsch in Altengrabow lag und bestimmt war, auf Befehl der Kapp-Regierung nach Potsdam bzw. Berlin zurückzuziehen. Das Vorhaben kam nicht mehr zur Durchführung, weil inzwischen die Kapprebellion zusammengebrochen war.

Zur Erbrechtsreform.

Von juristischer Seite erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift:

Das geltende bürgerliche Gesetzbuch, an dem die Revolution bisher spurlos vorübergegangen ist, regelt das gesetzliche Erbrecht des Staates dahin, daß der Fiskus erst zur Erbfolge berufen wird, wenn zur Zeit des Erblasses weder ein Verwandter noch ein Ehegatte des Erblassers vorhanden ist. Nun ist der Verwandtschaftsbegriff vom Gesetz dahin bestimmt, daß als verwandt miteinander alle diejenigen Personen gelten, die von einem gemeinsamen Vorfahren abstammen, mag dieser auch schon

nötig, weil die daniederliegende Bauartigkeit und das Nachlassen der Ausbildung des Nachwuchses die praktische Erziehung an Hand bestimmter Aufträge sowohl im Bau wie in der Werkstatt zurücktrete. Das Vernein an praktischen Aufträgen und das Heranziehen der eine bestimmte Technik noch Beherrschenden sei ebenso volkswirtschaftlich wie erzieherisch eine der wichtigsten Fragen.

Staatsminister a. D. Dr. Wallraf sagte zusammen, worin die Industrie die Bau- und Kunstdenkmäler schädigen kann. Einmütig wurde folgende von ihm vorgelegte Entschliessung angenommen: „Der Denkmalpflanztag lenkt die Aufmerksamkeit der Reichs- und Landesregierungen auf die ersten Gefahren, die den Denkmälern deutscher Kunst, Geschichte und Natur sowie der deutschen Landschaft durch den rücksichtslosen Ansturm materieller Interessen in der Gegenwart drohen. Er fordert, daß der in Artikel 150 der Reichsverfassung verbriefene pflegerische Schutz für Denkmäler und Landschaft wirksam werde und daß die berufenen Behörden den in der Kriegs- und Nachkriegszeit erlahmten Eifer erneut und nachhaltig entfalten, damit dem ortserrantem Vaterlande die geschichtlich und künstlerisch bedeutsamen Zeugen seiner Vergangenheit und die einzigartigen Schönheiten seiner Landschaft erhalten werden. Er ruft alle Kreise des deutschen Volkes zur Mitarbeit auf, weil die Arbeit einen gemeinsamen, durch keine politischen Trennungslinien zerstückelten Boden bildet, auf dem und unserer Nachkommen eine verjüngende Freude an Heimat und Vaterland erwachsen wird.“

Kleines Schauspielhaus: „Nini“ von André Picard. Die Komödie Picards ist allem Anschein nach irgend einer bestimmten Pariser Schauspielerin auf den Leib geschrieben, darauf berechnet, ihrer Eigenart Befolgenheit und Raum zu möglichst wirksamer Entfaltung im Schwanzstil zu verschaffen. Doch ist kaum anzunehmen, daß die Figur auf der Pariser Bühne postterlich temperamentvoller als hier in der Darstellung durch Käthe Dorsch herausgekommen. Sie spielte das stürmisch-impulsive, töricht-dumme und doch in ihren Anschlüssen so raffiniert-verschlagene Gassenmädchen, deren Phantasie wie die der unvergeßlichen Hartlebenschens Vore fortwährend tollste Schwindelblüten treibt, mit einer geradezu verblüffenden Natürlichkeit und Berde. Hinter den gewohnten Possenmaskeraden der Pariser Beredwelt, die für dies Genre stereotyp ist, guckte hier bei aller Verzerrung doch etwas Warmblütig-menschliches hervor, das dem Lachen einen anderen wärmeren Klang verlieh.

Als kleine Christin in einem Variété hat sie sich in den hochmächtigen Herrn Direktor, einen blasierten, im Grunde gutmütigen Choleriker, der mit seinen Kriegerlebnissen posiert, jedoch im Kampf mit seiner Hauptdarstellerin und Gellebten wenig Heldentum beweist, rettungslos verschossen. Durch Ungezogenheiten auf den Proben sucht sie vergeblich, seine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Entlassen wegen eines furchtbaren Krallens mit einer Kollegin, dringt sie ins streng gehütete Direktorzimmer, sich über dieses namenlose Unrecht zu beklagen. Sie warnt und droht. Sie sei von allem spanischen Ubel und werde ihre Konnexionen bei Ministern, im Notfall selbst beim Präsidenten der Republik, ausnützen gegen den Affront. Belustigt hört er zu. So spinnt sich, da er das Koch der

Jahrhundert verstorben sein. Hierdurch ist das Erbrecht des Staates tatsächlich völlig unwirksam, es sieht lediglich auf dem Papier. Die Fälle, in denen die nach § 1984 BGB. erforderliche Feststellung des Nachlassrechts erfolgt, daß ein anderer Erbe als der Fiskus nicht vorhanden ist, sind so äußerst selten, daß wir zwar von einem theoretischen Erbrecht, nicht aber von einer praktischen Erbschaftserwerbsmöglichkeit des Fiskus sprechen können.

Die im geltenden Recht übermäßig ausgedehnte Verwandtenerbfolge widerspricht dem Grundgedanken des Erbrechts, daß nämlich in jedem Menschen das Bewußtsein erweckt werden soll, er schaffe durch seine Arbeit Werte, welche, die verhältnismäßig kurze Zeit seines Lebens überdauernd, den Personen zugute kommen, die ihm im Leben nahegestanden. Der Gedanke, daß der Staat nach dem Tode einer Person den Nachlass diejenigen erwerben läßt, deren Existenzsicherung die angelegentlichste Sorge des Erblassers war, erhöht die Schöpfensfreudigkeit des einzelnen, der in der natürlichen Empfindung der Sorge für die Seinen Kräfte entfaltet, die anderenfalls nie zum Vorschein gekommen und der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung entzogen wären. Diese Momente stehen jedoch völlig bei den entferntesten Verwandtschaftsgraden. Dennoch uns im verwandtschaftlichen Gefühl nichts in dem weit-entfernten Verwandten (wie z. B. mit dem Urenkel des Bruders unseres Urgroßvaters) verbindet, sind diese doch, sofern nicht nähere Angehörige vorhanden sind und kein Testament vorliegt, als Alleinerben berufen, und der Fiskus muß sich mit der Erbschaftsteuer begnügen. Die gesetzliche Regelung des staatlichen Erbrechts steht auch im Widerspruch mit der Normierung der gesetzlichen Unterhaltspflicht, zu der das Erbrecht eigentlich ein Gegenstück bilden sollte. Nach dem geltenden Recht besteht eine Unterhaltspflicht, abgesehen von der Alimentierung des Ehegatten und unehelichen Kindes, nur unter Verwandten in gerader Linie, so daß z. B. ein in größter Not befindlicher Armer keinen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung gegen seinen in glänzenden Verhältnissen lebenden Bruder hat. Die Last der Armenversorgung obliegt der Gemeinde bzw. dem Staat, der dagegen als Erbe erst in allerletzter Linie in Frage kommt.

Artikel 154 der Reichsverfassung lautet:

„Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet. Der Anteil des Staates am Erbgut bestimmt sich nach den Gesetzen...“

Durch diese Bestimmung ist die verfassungsmäßige Grundlage für eine den vorstehenden Anregungen entsprechende Gesetzesänderung gegeben.

Es ist Pflicht der sozialistischen Parteien, welche die Erweiterung des staatlichen Erbrechts in ihr Programm aufgenommen haben, auf das erweiterte Erbrecht des Staates ernstlich hinzuwirken, das nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch zur Vorbereitung der sozialen Wirtschaftsform in höchstem Maße geeignet ist und vor allem dazu dienen könnte, die unglückliche Finanzlage des Reiches merkbar aufzubessern.

Ein Siedlungsunternehmen für Oberschlesien

Breslau, 30. November. (BZB.) Auf der Generalversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer teilte Ministerialrat Krüger vom Reichsarbeitsministerium mit, daß gestern in einer wichtigen Besprechung beim Reichsarbeitsminister, an der auch der preussische Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister teilnahmen, ein grundsätzliches Übereinkommen dahin erzielt wurde, daß für Oberschlesien eine besondere Siedlungsaktion in Angriff genommen und ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen gegründet werden soll.

Zusammentritt des parlamentarischen Beirats der Reichszentrale für Heimatsdienst. Der parlamentarische Beirat der Reichszentrale für Heimatsdienst, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Breitscheid (USP), Dr. Köster (SPD), Dr. Schreiber (Z.), Dr. Pashnick (Dem.), Dr. Cremer (D. Sp.) und Dr. Rumm (Dnat.) konstituierte sich gestern. Die Leitung der Sitzungen wurde bis zur endgültigen Abgrenzung der Zuständigkeit des Ausschusses in die Hand des Ministerialdirektors Oskar Müller gelegt. Nächste Sitzung: 4. Oktober.

früheren tyrannischen Märesse gerade wieder einmal abschütteln möchte und Angst vor Einsamkeit zu Hause hat, ein Verhältnis an. Sie wird Nachfolgerin. Doch ihre ungezähmte Heftigkeit gleich an dem ersten Abend erschreckt ihn derart, daß er sich schleunigst in sein Junggesellenzimmer unquartiert. Ergräßlich und doch bei aller schwamhaftesten Uebertreibung charakteristisch wird ihr neues Reglement geschildert. Auch der ausgelassene Possentrick eines von ihr markierten sozialistischen Schlafsuchtsanfalls, durch welchen sie zuletzt im Konkurrenzkampf mit der zurückgekehrten Vorgängerin ihn sich erobert, hat wenigstens im Ausgang, in dem Durchbruch ursprünglichen Gefühls, so wie die Dorsch das spielte, Momente farbiger Individualisierung. Hans Marr als Varietédirektor traf auf den Ton der Rolle. In animierter Stimmung folgte das Publikum.

Eine Riesenbrücke. Für eine gewaltige Brücke, durch die Manhattan Island, das Herz New Yorks, mit dem Festland verbunden werden soll, sind jetzt die durch den Krieg verzögerten Entwürfe Gustav Lindenthal zum Abschluß gekommen. Danach wird die Brücke eine Gesamtlänge von mehr als 2 1/2 Kilometern haben, so daß ein Fußgänger 25 Minuten braucht, um sie zu überschreiten. Zwischen den beiden Haupttürmen ist eine Spannweite von fast einem Kilometer. Jeder der beiden Türme ist 228,6 Meter hoch (der Eiffelturm 300 Meter). Betragen wird die Brücke von vier Rabeln, von einem Durchmesser von 3,20 Meter, die zum Schutz gegen Witterungseinflüsse mit einer wasserdichten Bronzehülle von 4,57 Meter Durchmesser überkleidet wird. Bei einer Breite von 67 Meter wird die Brücke zweifelsfrei. Die obere Fohrbahn dient dem Verkehr für Fußgänger, elektrische Bahnen und zwischen den Türmen dem Wagenverkehr. Die Fahrbahn hat eine Breite von fast 50 Meter, so daß 16 Wagen nebeneinander verkehren können. Im Unterstoch fahren 10 Eisenbahnlinien.

Die Kosten der Brücke selbst werden auf 100 Millionen Dollar veranschlagt, dazu kommen noch die Kosten für Stationen der Bahnen an beiden Seiten, so daß der Gesamtaufwand 210 Millionen Dollar beträgt. Bei dem ständig steigenden gewaltigen Verkehr würde sich die Brücke aber doch rentieren; die durch den direkten Verkehr gemachten Ersparnisse werden schon für das erste Jahr auf 45 Millionen Dollar geschätzt.

Erhauaufführungen der Woche. Mont. Kammertheater: „Der Gähnerhof“. — Freit. Schauspielhaus Potsdam: „Der Gähner“.

Heute (Laudenkrabe). Sonnt. Dienst. Sonntag: „Die deutsche Donau“. Mont. Spanien. Wittw. Donn. Freit.: „Unter schones Kriegenberge“. — Außerdem an den Nachmittagen 4, Ube zu kleinen Breiten Mont. u. Donn.: „Die Insel Mägen“. Dienst. u. Freit.: „Von der Halbinsel zum Bahmann“. Wittw.: „Der Großglöcker, Gähner und der Salzburger Alpen“.

Die Arbeiter-Kunst-Bereinnigung eröffnet am Sonntag, den 2. Dttbr., ihre Ausstellung von Arbeiten geleiteter Bildwerke, Skulpturen, Holzschnitte und Zeichnungen in der Weißhirschen-Schule, Reudlin, Mühlstraße. Dauer der Ausstellung bis 31. Oktober. Besichtigung: Montags, Mittwochs, Freitags von 5-7 Uhr, Sonntags von 10-3 Uhr. Eintritt frei.

Vom Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Verlag Gustav Fischer, Jena) ist heute die 3. Lieferung (Gesellschafts- und Handelspolitik) erschienen.

Menschenleben in Gefahr!

Das „Russische Hilfskomitee für Hungerleidende in Rußland“ in Berlin teilt uns mit, daß es sich mit dem Internationalen Roten Kreuz in Genf in Verbindung gesetzt hat, um von der Sowjetregierung Aufklärungen über das Schicksal der in Moskau verhafteten nicht-bolschewistischen Mitglieder des allrussischen Hilfskomitees zu erhalten. Nach Zeitungsnachrichten sollen die bedeutendsten Mitglieder des Komitees, Kischin, Protopowitsch, Afaroffow und Frau Kusslowa, von der „Tscheka“ zum Tode verurteilt worden sein. Das Urteil soll jedoch noch nicht vollzogen sein und eine neue Verhandlung vor dem revolutionären Tribunal stattfinden.

Das Leben der Verhafteten schwebt jedenfalls in höchster Gefahr. Es ist die Pflicht aller Sozialdemokraten, ihre Stimme zu erheben, um ein neues Verbrechen zu verhindern. Die Sowjetregierung würde sich um den letzten Rest von Achtung bringen, den sie noch bei den nichtkommunistischen Arbeitern Europas besitzt, wenn sie die Verhafteten umbringen ließe, die sich zu einem Werk der Nächstenliebe der Regierung zur Verfügung gestellt haben. Die Beschuldigung, daß sie an einer Verschwörung teilgenommen hätten, klingt ganz unglaubwürdig.

Rußlands neue Agrarpolitik.

Paris, 1. Oktober. (WIB.) Havas meldet aus Reval: Nach einem Telegramm aus Moskau wird in der Umgebung des Wirtschaftskrates erklärt, daß bei der nächsten Ueberweisung von Land (wahrscheinlich im Oktober) die Bauern Privateigentümer des zu überweisenden Landes werden sollen.

Eine Alarmnachricht aus Amerika.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Ein Antrag über die Ratifizierung der Freländsverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn wird für den 14. Oktober erwartet. Man nimmt allgemein an, daß es der Opposition gelingen werde, die notwendigen 33 Stimmen zusammenzubringen, um die Ratifizierung zu vereiteln.

Nach einer gestern spät abends zustande gekommenen Vereinbarung wird der amerikanische Senat bei den Verhandlungen über die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Redezeit für jeden Senator auf eine Stunde beschränkt.

Scharfmachertöne aus Frankreich.

„Die Aufhebung der Sanktionen ein Unglück!“ Paris, 1. Oktober. (WIB.) Maurice Barres wendet sich im „Echo de Paris“ gegen die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein. Man sei darüber einig gewesen, in dieser Maßnahme eine Etappe der traditionellen französischen Politik (1) zu sehen. Briand selbst habe ihren wahren Charakter gekennzeichnet, als er sie als eine Verschärfung des Friedensvertrages bezeichnete. Aus diesem Grunde halte er die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein für ein Unglück; denn infolge der beherrschenden Bedeutung der wirtschaftlichen Bedingungen in der jetzigen Zeit werde auch die französische intellektuelle Aktion eine solide Basis nur in einer wirtschaftlichen Aktion haben können. Dieser Fehler werde begangen in dem Augenblick, in dem ganz Frankreich sehe, daß man nur die Stellung am Rhein sicher habe (2) und in dem die verschiedenen Präsidenten der Generalräte in ihren Eröffnungsreden diese Wahrheit festgestellt hätten.

Auch die Militäraktionen aufhebungsreif?

Paris, 30. September. (WIB.) „Petit Parisien“ schreibt anlässlich der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auch die militärischen Sanktionen aufgehoben würden, wenn die deutsche Regierung die von General Koller hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Polizei verlangte vollkommene Beruhigung gegeben habe.

Die Entscheidung über Oberschlesien.

Genf, 1. Oktober. In Völkerbundkreisen erklärt man, daß der Beschluß des Völkerbundes über die oberschlesische Frage noch vor dem 11. Oktober erfolgen wird. Man nimmt an, daß zunächst keine Mitteilung über den Beschluß ausgegeben wird, der zuerst dem Obersten Rat zur Kenntnis gebracht werden soll. Die Veröffentlichung soll dann allerdings nicht durch den Obersten Rat, sondern durch den Völkerbund erfolgen, damit die Autorität des Völkerbundes gewahrt bleibe.

Ein amerikanisches Gutachten.

Einer der bekanntesten amerikanischen Rechtschachverständigen, David Hunter Miller, der u. a. juristischer Berater der amerikanischen Friedensdelegation war, hat ein juristisches Gutachten über die oberschlesische Frage ausgearbeitet, in dem er Heranziehung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts zu dem Ergebnis kommt, daß auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus seiner Geschichte nach dem Resultat der Volksabstimmung Oberschlesien ungezweifelt bei dem Deutschen Reich verbleiben muß. Die Reichsregierung hat das Gutachten des bedeutenden Rechtsgeschehen dem Völkerbundrat in Genf, sowie den Regierungen der Ententestaaten überreichen lassen.

Eine Saardelegation in Genf.

Saarbrücken, 1. Oktober. (WIB.) Die saarländische Abordnung, die dem Völkerbunde eine eingehende Denkschrift über die wirtschaftliche Lage des Saargebietes unterbreiten soll, ist gestern in Genf eingetroffen.

Die Streiklage in Nordfrankreich.

Paris, 1. Oktober. (WIB.) Wie der „Populaire“ mitteilt, bereiten die Streikenden im Norddepartement eine große Kundgebung vor. Das Blatt glaubt, daß eine Entspannung in der Streiklage nicht unmöglich sei. Auf Antrag des Abg. Herriot hatte übrigens die Finanzkommission der Kammer in einer Resolution den Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge den Wohltätigkeitsanstalten zu Hilfe kommen, damit sie in der Lage seien, den Streikenden Hilfe zu leisten.

Die neue Prager Regierung.

Zur allgemeinen Ueberrohung hat nicht der Abg. Dr. Schwelb, sondern der Außenminister Dr. Beneš das neue Kabinett gebildet, das eine Koalition aller tschechischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten darstellt. Es besteht aus drei Sozialdemokraten (Saherman, Erba, Dazek), drei Agrariern, zwei Nationalsozialisten, zwei Katholiken, drei Beamten und einem Vertreter (Beneš). Von den Ministern sind 12 Tschechen und 3 Slowaken. Die Deutschen, Polen, Mäharen und Ukrainer nehmen an der Regierung nach wie vor nicht teil.

Groß-Berlin

Im Holz.

Die hohen, noch fortgesetzt steigenden Preise für Heizmaterial treiben zahlreiche ärmere Leute in den Wald, um Holz für die Winterhitze zu sammeln. Früher machten das nur die minderbemittelten Dorfbewohner, wofür sie beim Amtsvorsteher oder Förster einen Erlaubnisschein lösen und bezahlen mußten, wenn sie der Gefahr einer Anklage wegen Forstdiebstahls entgehen wollten. Jahrzehntlang ist so mancher, der ehelicher war als der reiche Bauer, wegen der Witterung einziger dürre Keiser hart vom Buchstaben des Gesetzes öffentlich als Dieb gebrandmarkt und bestraft worden. Heute giehen auch aus der Großstadt viele kleinen Leute zum Holzauffammeln in den Wald. Die Revolution hat mit der alten lächerlichen Strenge ausgeräumt, aber noch immer hört man oft genug dumme Menschen sagen: „Die Berliner stehen uns den hohen Wald!“ Wem schadet das Holzauffammeln? Weder dem Staate noch einem Privatmann. Auch in den märkischen Waldgebieten in der Umgebung Berlins liegt so viel Windbruchholz umher, daß der Forstbesitzer froh sein kann, wenn er es ohne Bezahlung von Arbeitkräften los wird. Faulendes Holz, das nur Unterschlupf für alles mögliche Kleingetier bietet, ist schädlich für den Forst.

Einfach und bequem ist das Holzsaufammeln aber keineswegs. Viele Stunden lang muß gesucht werden, ehe so viel beisammen ist, als an brauchen und schleppen kann, denn die ganz dünnen, dürre Zweige haben keinen Heizwert. Keuchend unter der Last bringen Frauen, Männer und Kinder die gefüllten Säcke zur Bahn oder fahren damit in Handwagen meilenweit über Chaussees und Sandwege. Wenn frische Äste abgehauen werden oder gefälltes Holz gesägt und mitgenommen wird, ist das im Interesse der Forstwirtschaft natürlich nicht zu billigen und zu dulden, aber es kommt selten vor. Eine besondere Art der Holzsammler sind die sogenannten „Stubbschiefer“. Mit besonderer Erlaubnis der Forstverwaltung und gegen mäßige Entschädigung sprengen sie auf abgeforsteten oder durchsichteten Waldstellen mit Pulver die Baumstümpfe aus der Erde, wozu ein gewisses Geschick gehört. Die Stubben zu transportieren und zu zerleinern macht dann noch harte Arbeit. Für 150 Papiermark sich einen Kubikmeter Holz ins Haus bringen zu lassen, ist bequemer.

Wie groß die Holznot ist, sieht man dort, wo an den Berliner Wasserläufen Holzbohlen aus Ähnen entladen werden. Duzende gebrechlicher alter Weiber finden sich ein, brechen mit zitternden Fingern die Borke von den Ähnen und sind glücklich, wenn sie so viel erhalten, daß es für ein Mittagessen oder ein Kaffeekochen reicht. Davon aber sehen meist die nichts, die das Geld nie sehen wollen.

Was bringt der 1. Oktober?

Der Winterfahrplan auf der Hoch- und Untergrundbahn tritt am 1. Oktober in Kraft. Er bringt auf der Hauptstrecke Alexanderplatz—Wittenbergplatz eine wesentlich verstärkte Zugfolge in der Weise, daß in den Morgen- und Nachmittagsstunden bis gegen 8 Uhr abends drei Züge in 10 Minuten fahren werden, statt der jetzt verkehrenden zwei Züge; somit tritt eine Verdichtung des Zugverkehrs um 50 Proz. ein. Im Spätverkehr, d. h. von etwa 12 Uhr abends ab, werden wegen des geringeren Verkehrsbedürfnisses auf den Hauptstrecken die Züge alle 10 Minuten, auf den Außenstrecken in Abständen von 20 Minuten fahren. Der letzte Zug vom Bahnhof Friedrichstraße fährt von jetzt ab nach dem Westen mit Anschlüssen nach dem Osten, Schöneberg, Westend und Uhlandstraße um 1.07 Uhr, nach Wilmersdorf-Dahlem um 1.02 Uhr, nach dem Norden um 1.14 Uhr nachts.

Änderungen im Fernsprechwesen. Mit dem heutigen Tag fällt das bisher im Fernsprechwesen übliche Pauschalsystem fort und die allgemeine Gesprächszählung tritt in Kraft. Von nun an muß jedes einzelne zustande gekommene Gespräch von dem Teilnehmer bezahlt werden. Auf den Fernsprechkamern sind Zählapparate aufgestellt worden, die von den Beamten bedient werden und jedes Gespräch registrieren. Für ein Ortsgespräch, auch für ein Nachgespräch, werden von der Postverwaltung künftig 25 Pfennig berechnet. Befehlsfälle werden nicht bezahlt. Ist eine falsche Verbindung erzielt worden, muß der Anrufende sein Amt sofort um Streichung des Gesprächs ersuchen. Im übrigen betragen die jährlichen Kosten für einen Hauptanschluß 700 Mark Grundgebühr. Für einen Nebenanschluß werden insgesamt mindestens 162 M., bei Ueberlassung eines Nebenanschlusses an Dritte weitere 40 M., also insgesamt 202 M. erhoben. Automatengespräche kosten jetzt 50 Pf. Die Post gibt besondere Werkmarten heraus, die an allen Posthäkern, in Zigarrengeschäften, Papierläden oder an sonst geeigneten Stellen käuflich sind. In allgemein zugänglichen Geschäftsräumen sind ferner hier und dort sogenannte „Essentielle Sprechstellen“ neu eingerichtet worden, bei denen ebenfalls für 50 Pf. telefoniert werden kann.

Uniform macht alles.

Die Relativitätstheorie als Ketter in der Not.

Das Sündenregister eines falschen Oberleutnants wurde gestern in einer Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I aufgerollt. Angeklagt wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung war der Kaufmann August Schröder, der zurzeit eine ihm ebenfalls wegen Betruges zubilligte Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 4 Monaten verbüßt.

Obwohl der Angeklagte durch seine Frau in gute Vermögensverhältnisse und in den Besitz eines Hauses gekommen war, machte er sich, offenbar unter dem Einfluß einer gewissen psychopathischen Veranlagung, an alleinstehende Frauen heran, um ihnen unter allerlei falschen Vorspiegelungen ihre Ersparnisse abzunehmen, wobei er stets in der ordnungsgemäßen Uniform eines Artillerie-Oberleutnants auftrat. Nebenbei gab er sich als Angehöriger der Kriegseber-Kriegsgesellschaft aus, rühmte sich seiner Beziehungen zu Erzberger und prellte einen Sattelmacher um 10 000 M. In einem anderen Falle ließ er sich bei dem Geheimen Legationsrat Gerlich als Rittergutsbesitzer einführen und veranlaßte ihn durch Versprechen von Lebensmittellieferungen zur Herausgabe von größeren Geldbeträgen. Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt eine Zusatzstrafe von 3 Jahren Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus machte demgegenüber geltend, daß die von dem Angeklagten zurzeit verbüßte lange Strafe Anfang Oktober ablaufe und daß jede sich hieran anschließende weitere Strafverbüßung ein ungebührliches Gewicht besäße, da die spezifische Schwere einer Strafe keinen feststehenden, sondern einen relativen, nach den Umständen wechselnden Wert darstelle.

Das Gericht berücksichtigte diese eigenartige Anwendung der Einsteinischen Relativitätstheorie auf das Strafrecht auch in vollem Maße und erkannte auf nur 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

Wie kommen wir aus der Wohnungsnot heraus?

Die brennende Frage der Wohnungsnot wurde in einem Vortrag des Genossen Peis-Dessau, Präsidenten des anhaltinischen Landtags, den er dieser Tage in den Sophienhallen hielt, behandelt. In dem Wohnungswesen gilt es jetzt, da wir selber Herren unseres Schicksals sind, gründliche Reformen zu treiben. Wir haben ein Ideal

der Wohnweise zu erstreben, das ist das Einfamilien-Gartenheim. Wenn die Sozialdemokratie die Masse des Volkes langsam aber sicher aus dem Elend der kapitalistischen Mietskasernen heraus zum eigenen Gartenheim hinaufführt, dann wird sie die Gunst des Volkes im höchsten Grade erwerben. Andererseits ist aber auch sicher, daß nur die Sozialdemokratie, sekundiert vielleicht von bodenreformerisch gesinnten Bürgerlichen, diese Umwälzung im Wohnungswesen herbeiführen wird. In einer fröhlichen Weltanschauung, einer zur Paßt werdenden Grundbesitzer, welche den Boden in das Oberigentum der Gemeinde bringt, und einem Verkaufsförderer der Gemeinde zwecks gemeinnützigen Bodenerwerbs und Bodenverwertung steht Peis die Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Der einzelne Staatsbürger soll gemungen werden, von Jugend auf einen bestimmten geringen Prozentsatz seines Einkommens zu sparen, um mit dem Ersparten eine Wohnung zu erwerben. Auf einem Kreise, der die 30 Kilometer von Berlin bis Potsdam zum Radius und also über 2620 Millionen Quadratmeter Fläche hätte, könnten die 1 Million Familien dieses Kreises, die ihn jetzt bewohnen, so weiträumig wohnen, daß jede Familie für sich allein mit Haus und Garten 1000 Quadratmeter zugewiesen bekäme und dann noch 1620 Millionen Quadratmeter, fast zwei Drittel, für Strohhof, öffentliche Anlagen und öffentliche Gebäude usw. übrig blieben. Darum muß das Ziel sein, alle Häfen von Groß-Berlin und dem weiteren Umkreis nur mit Gartenheimen zu besiedeln. Jeder neuen Fabrik erlege man die Pflicht auf, wie für Kohlenbrenner, Materialfabrik und dergleichen so auch für ein bestimmtes Kapital zu sorgen, das der zuständigen Wohnungsorganisation zur Herstellung von Wohnungen zur Verfügung gestellt werde. Soll aber das möglich werden, dann muß Berlin ein sozialistisches Berlin bleiben. — Der weite Ausblick eröffnende Vortrag wurde von den leider nicht sehr zahlreichen Zuhörern mit größtem Beifall aufgenommen.

Gewalttame Kirchensteuerentziehung.

Wenn ein noch zur Kirche haltender Christ die von ihm zu entrichtende Kirchensteuer schuldig bleibt, wird gegen ihn mit genau denselben Zwangsmitteln vorgegangen, wie wenn er gegenüber sonstwem seine Zahlungspflicht nicht erfüllt. Man schreitet zur Zwangsversteigerung und Pfändung, und wenn dem Vollziehungsbeamten sich die Tür nicht gutwillig öffnet, kann der Kirchensteuerschuldner es erleben, daß sie unter gar nicht christlicher Gewaltanwendung geöffnet wird. Das wurde kürzlich in Berlin auch einem Mann angedroht, der 26,60 M. Kirchensteuer zahlen sollte, obwohl er seit 1907 und seine Frau seit Mai 1919 aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden ist, so daß für beide keine Kirchensteuerpflicht mehr besteht. Ohne daß ihnen vorher irgendwelche Benachteiligung zugegangen wäre, erschien eines Tages ein Vollziehungsbeamter, um wegen angeblich rückständiger Kirchensteuer die Zwangsversteigerung vorzunehmen. Da er niemand außer hinterließ er die amtliche Mitteilung, daß die Steuer in den nächsten drei Tagen an die zuständige Steuerkasse zu zahlen sei, sonst werde er wiederkommen, und nötigenfalls werde dann „gewalttame Deffnung“ der Wohnungstür erfolgen. Natürlich lag wieder mal eines jener Versehen vor, die bei der Kirchensteuerentziehung nicht selten sind. Der mit dieser Kirchensteuerforderung beauftragte Dissident erhob bei der Steuerkasse sofort Einspruch, weil er nur so viel, ihn angedrohte Gewaltanwendung verhindern konnte. Das Verlangen, einmal die gewalttame Entziehung einer unberechtigten Kirchensteuerforderung kennen zu lernen, waren ihm die 26,60 M. nicht wert.

Zum Stuhl der Gastwirtsgehilfen. Arbeiter! Parteigenossen! Was wir in heutigen Morgenblatt ankündigten, ist bereits eingetreten. Die Gastwirtsgehilfen befinden sich im Streik! Eure Pflicht ist es, sie im Kampf um ihre Organisation, eine feste Entlohnung und den Achtungstag zu unterstützen. Verweigert bei Bezahlung Eurer Zechen das Bedienungsgeld von 10 Prozent! Zahlt nur, was ihr verzeht habt! So heißt ihr den Kampf an.

Eine Neuerung im Arbeiterverkehr wird der Winterfahrplan auf der Strecke Wildau—Königs-Wusterhausen—Lübben bringen. Die Arbeiterzüge auf dieser Strecke, die bisher nur bis Königs-Wusterhausen gefahren wurden, sollen nun durchgeführt werden und zwar vorläufig bis Wildau, wo sich große Maschinenfabriken befinden.

Liebesgaben sendungen für Oppau. Die Firmen Schenker u. Co., Berlin, und Berliner Expeditions- und Lagerhaus-Gesellschaft (vorm. Bary u. Co.) Berlin übernehmen kostenfrei die Abholung und Expedition von Liebesgaben sendungen für die Opfer der Oppauer Katastrophe. — Geldbeträge für den Reichshilfsauschuß für Oppau anzunehmen, sind jetzt auch familiäre Postankassen angewiesen worden, Postämter wie Postagenturen. Wo sich mehrere Postanstalten an einem Orte befinden, nimmt jede von ihnen Spenden an.

Eine öffentliche Schulausstellung findet am Sonntag, den 2. Oktober, in Reutlin in der 31. und 32. Gemeindegasse, Mühlstraße, in der Zeit von 10—7 Uhr statt. In circa 30 Räumen werden Schülerarbeiten ausgestellt, wie: Zeichnungen, Kupfer, Aquarelle, Papier, Papp, Holz, Stroh- und Handarbeiten, Esperanto-Schriftproben, Kurzschrift usw., Haltestelle Weichselstraße, Linien R. P. 65, 69, V. (Kaiser-Friedrich-Straße), 7, 15, 27, 47, 43, 53, Südring (Berliner Straße).

Am 200. Male gibt das infulareiche Volkst „Die roten Schuhe“ im Komtrahspalast am Mittwoch, 3. Oktober, in der Premierdarstellung mit Gräfin Dora in der Hauptrolle in Szene.

Die Berliner Schwimmsport-Union (im Fab.-Hallenpark-Berlin) veranstaltet am Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 3 Uhr, im hiesigen Hallenbad, an der Eschlingstraße, ihr diesjähriges Schwimmspiel. Da u. a. es der größten Arbeiter-Schwimmvereine ihre besten Kräfte zu entsenden beabsichtigen, so sind diesmal ganz besonders interessante sportliche Kämpfe zu erwarten.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft findet am 5. und 6. Oktober im Parkhaus in Vohum statt. Neben der Aussprache über die künftige Tätigkeit der Friedensgesellschaft, der Zielumsetzung in den eingebrachten Anträgen usw. steht das Thema: „Wie bekämpft der Pazifismus den Bürgerkrieg und seine Ursachen?“ zur Erörterung, über das Heim. Streik-Berlin referiert. Außerdem finden Vorträge in Vohum statt, in denen Graf Harry Kehler-Berlin, Max Müller-Berlin, Prof. Hermann Eisinger und Frau Barbenheim-Vorner sprechen werden. In die Hauptversammlung in Vohum schließt sich der 1. Deutsche Pazifistenkongress an, der vom 7. bis 8. Oktober in Essen (Ruhrgebiet) tagt. Das Grundthema der Verhandlungen ist: Der Wiederaufbau Europas. Es werden u. a. sprechen: Prof. Dr. Otto Braun-Basel, Prof. Dr. H. Koppelman-München, Prof. Dr. Berthold-Donn, Dr. Luide-Winden. Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft entsendet als Delegierte u. a. Dr. Foh, Max Müller, Alwine Wolmann.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, trocken und übermäßig heller, zeitweise mäßig bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

181. 291. Treptow. Sonntag, den 2. Oktober, pünktlich 9 1/2 Uhr, wichtige Parteiverbreitung von den bekannten Redaktionen aus.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Hauptzielreihe der Firma Kahlisch Berlog für Herbst und Winter ist erschienen. Sie gibt einen getreuen Überblick über die Neuheiten in Seiden- und Kleiderstoffen, ebenso über die neuen Schöpfungen der besten Mode für Damen-, Herren- und Kinderstoffe. Wie sonstige Verlagsgegenstände, Wäsche usw. sind vertreten. In der Abteilung für Gardinen und Vorhänge findet sich viel Schmuckstoffe; die Abteilung für Orientteppiche besitzt eine reiche Auswahl. Schließlich ist die Möbelabteilung mit ihren geliebten Stühlen und Einrichtungen zu erwähnen.

